

Abwägungsprotokoll

Ergänzungssatzung "Am Breiten Stein", Flurstücke 203/57 und 203/93 Gemarkung Dürrröhrsdorf, Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Entwurf i.d.F. v. 21.10.2019

Behörden und TöB-Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 4a BauGB mit Anschreiben vom 12.03.2020

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 29.06.2020 bis 03.08.2020

Teil I - Behörden / sonstige Träger öffentlicher Belange

lfd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
1	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Regionalentwicklung / Bauleitplanung Postfach 10 02 53/54, 01782 Pirna 21.04.2020	<u>Votum:</u> Der Ergänzungssatzung wird seitens des Landratsamtes grundsätzlich zugestimmt. Die Unterlagen sind jedoch auf der Grundlage der Teilstellungnahme Naturschutz zu überarbeiten und dem Landratsamt erneut vorzulegen. Die weiteren zu beachtenden Belange entnehmen Sie bitte den nachfolgenden Teilstellungnahmen der Fachbereiche unseres Hauses.	Kenntnisnahme
		<u>Bauleitplanung</u> Für die zukünftige zweifelsfreie Einordnung des Baukörpers sollte ein in sich und in Bezug auf seine Lage im Satzungsbereich vermaßtes Baufeld festgesetzt werden. Das erscheint auch auf Grund der geringen Flächenausdehnung als dringend erforderlich. Der Einfahrtbereich zur Erschließung des Baugrundstückes ist anzugeben.	Kenntnisnahme, Beachtung Vermaßte Baugrenzen und der Einfahrtbereich wurden in der Planzeichnung redaktionell ergänzt.
		<u>Regionalentwicklung</u> In Bezug auf die Belange der Raumordnung wird auf die Stellungnahme des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge sowie die der Landesdirektion Sachsen als oberer Raumordnungsbehörde verwiesen.	Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis Stellungnahmen des Regionalen Planungsverbandes vom 09.04.2020 sowie der Landesdirektion Sachsen vom 23.04.2020 liegen vor.
		<u>Denkmalschutz</u> Zu der Ergänzungssatzung bestehen aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge keine Ein-	Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis Hinweis zur Meldepflicht von Bodenfunden ist auf der Planzeichnung ergänzt.

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		wände oder Bedenken. Gemäß der Stellungnahme des Landesamtes für Archäologie wird darauf verwiesen, dass die ausführenden Firmen auf die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 20 SächsDSchG hinzuweisen sind.	
		<p>Gewässerschutz</p> <p>Zum vorliegenden Entwurf der Ergänzungssatzung bestehen aus der Sicht des Gewässerschutzes unter der Voraussetzung einer gesicherten Abwasserentsorgung und Niederschlagsentwässerung keine Einwände.</p> <p>Der Baustandort liegt in keinem Überschwemmungs-, Vorbehalts- und Trinkwasserschutzgebiet, sodass hier die Anforderungen des allgemeinen Gewässerschutzes einzuhalten sind. Danach sind im Interesse der Allgemeinheit und zum Wohle des Einzelnen die Gewässer, hier das Grundwasser, nach dem Grundsatz der Vorsorge vor nachteiligen Beeinträchtigungen zu schützen, insbesondere in ihren natürlichen Eigenschaften zu erhalten und zu sichern.</p> <p>Feste Stoffe und Flüssigkeiten, insbesondere wassergefährdende Stoffe sind so zu lagern, abzufüllen, zu verwenden und zu befördern, dass eine Beeinträchtigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist. Baustellenabwässer sind schadlos zu entsorgen, sie dürfen nicht in die Gewässer eingeleitet werden.</p> <p>Hinweise:</p> <p>Mit der zentralen Erschließung des Wohngebietes kann von einer gesicherten Abwasserentsorgung ausgegangen werden.</p> <p>Das anfallende nicht oder nur gering verunreinigte Niederschlagswasser, was nicht als Brauchwasser genutzt werden kann, ist grundsätzlich auf dem eigenen Grundstück zu verbringen. Das breitflächige Versickern von Niederschlagswasser unter Ausnutzung des Reinigungsvermögens der obersten Bodenschicht ist dem punktförmigen Versickern oder Versenken gesammelten Niederschlagswassers vorzuziehen. Die Versickerung bedarf keiner Erlaubnis, wenn das Niederschlagswasser nicht häuslich, landwirtschaftlich, gewerblich oder in anderer Weise gebraucht, das Grundstück nicht gewerblich genutzt und das Dach nicht kupfer-, zink-, oder bleigedeckt wird.</p> <p>Die Ableitung von nur gering verschmutztem Niederschlagswasser aus nicht gewerblichen Einzelgrundstücken durch Einzelanlagen in ein Oberflächengewässer stellt einen Gemeingebrauch dar und bedarf keiner wasserrechtlichen</p>	<p>Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis</p> <p>Hinweise zum Grund- und Oberflächengewässerschutz sind auf der Planzeichnung ergänzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		Regelung. Die Errichtung von Erdwärmegewinnungsanlagen (Wasser/Wasser- oder Wasser/SoleWärmepumpe) sowie Gartenbrunnen erfordern grundsätzlich eine Bohranzeige.	
		<u>Abfall, Boden, Altlasten</u> Aus bodenschutzrechtlicher Sicht gibt es keine Bedenken zur geplanten Ergänzungssatzung. Nachfolgende Hinweise sind zu beachten: Die von der Ergänzungssatzung betroffenen Flurstücke sind nicht im Sächsischen Altlastenkataster (SALKA) als Altlasten oder altlastverdächtige Flächen registriert. Es ist zu beachten, dass sich auf den Flächen dennoch bisher unbekannte Altlasten oder sonstige schädliche Bodenverunreinigungen befinden können. Sollte es dafür Anhaltspunkte geben, besteht die gesetzliche Pflicht, die zuständige Behörde unverzüglich darüber zu informieren. Erdarbeiten sind möglichst nicht in Nasszeiten bzw. Frost- und Tauperioden durchzuführen. Vor Beginn der Bauarbeiten ist von der in Anspruch zu nehmenden Fläche vorhandener Mutterboden abzuschleppen, in Mieten zwischenzulagern und vor Vernichtung, Vergeudung und Erosion zu schützen. Bodenaushub ist getrennt nach Unterboden und mineralischem Untergrund zu erfassen und in Mieten zwischenzulagern. Boden soll möglichst vor Ort wieder verwertet werden. Eine Vermischung ist unzulässig.	Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis Hinweis zum Bodenschutz ist auf der Planzeichnung ergänzt.
		<u>Naturschutz</u> Aus der Begründung zur Planung sind nachfolgende Ausführungen für die naturschutzseitige Wertung relevant: Damit soll den Voraussetzungen für die Aufstellung der Satzung nach § 34 Abs. 5 Nr. 1 bis 3 BauGB mit Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung sowie der Entbehrlichkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG und der Nichtbetroffenheit von Natura 2000-Gebieten nachgekommen werden. Die vorliegende Planung wird auf der Grundlage von § 13 BauGB als vereinfachtes Verfahren durchgeführt und nach § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung abgesehen. Als Biotoptypen sind im Plangebiet Garten mit Nadel- und Ziergehölzen (948) und mehrfach geschnittener artenarmer Rasen zwischen den Garagen und der Hauptstraße (947) vorhanden. Durch die Umwandlung von Garten in Bauland sind auf ca. 730 m ² die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden, Klima und Landschaft betroffen. Die Flächeninanspruchnahme	Kenntnisnahme

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>bedingt eine Neuversiegelung und damit einem einhergehenden Verlust von Bodenfunktionen, die Beeinträchtigung des Wasserhaushalts und der klimatischen Ausgleichsfunktion sowie den Lebensraumverlust für Tiere und Pflanzen. Das Satzungsgebiet ist durch Garten mit Fichten, Kiefern und Ziergehölze sowie durchmehrfach im Jahr geschnittenes Grünland geprägt. Die Gehölze weisen keine Höhlen oder Horste auf. Aufgrund der Siedlungsnähe ist mit häufigen Brutvogelarten, die weit verbreitet sind und deren Habitatansprüche einem weiten Spektrum entsprechen, zu rechnen.</p> <p>Durch die Fällung von Gehölzen können Individuen getötet oder verletzt werden und es kann zum Verlust von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten für Gehölzbrüter kommen. Unter Berücksichtigung, dass Gehölze außerhalb der Brutzeit gefällt werden, d. h. Fällen im Zeitraum 01.10. bis 28.2. (in Anlehnung an § 39 BNatSchG) ist der Verbotstatbestand "Töten oder Verletzen von Individuen oder Gelegen" ausgeschlossen. Bezüglich des Verlustes von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten für Gehölzbrüter wird angenommen, dass die möglichen Beeinträchtigungen in kurzer Zeit wieder kompensiert werden können und keine nachteiligen Folgen für die Populationen bestehen. Dabei ist festzustellen, dass im Sinne von § 44 Abs. 5 BNatSchG die ökologische Funktion der von dem Eingriff möglicherweise betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Die Umgebung besteht aus einer Vielzahl von gehölzreichen Gärten und Baumreihen, so dass gleichwertige Strukturen im räumlichen Zusammenhang vorhanden sind. Gemäß § 44 BNatSchG ist es verboten, besonders geschützte Arten oder ihre Entwicklungsformen zu verletzen oder zu töten oder ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten zu zerstören sowie streng geschützten Arten und europäische Vogelarten während bestimmter Zeiten erheblich zu stören.</p> <p>Wertung:</p> <p>Die bauplanungsrechtliche Einbindung der Satzungsfläche mit 730 m² in den bauplanungsrechtlichen Innenbereich ist sachlich durchaus nachvollziehbar und wird nachfolgend auch nicht generell in Frage gestellt. Naturschutzfachlich wird die Fläche mit ca. 25 % intensiver Grünlandfläche dargestellt, dies kann im nördlichen schmalen Bereich entlang des Fst. 203/92 bestätigt werden. Der weitere Flächenanteil ist mit ausgeprägter Gehölz- und Strauchbestockung (Abbildung 1, Seite 2) erkennbar. Die Bedeutung dieser Vegetationsbestockung wird insbesondere für den Artenschutz angemerkt. Dies aller-</p>	Kenntnisnahme, Nicht-Berücksichtigung

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>dings maßgeblich mit dem Erfordernis, die Beseitigung im gesetzlich zulässigen Zeitraum vornehmen zu müssen. Die aktuelle Bedeutung dieser Bestockung für die Avifauna wird jedoch insbesondere zum derzeitigen Zeitpunkt erkennbar: die Nadelgehölze sind Konzentrationspunkt einer Vielzahl von Vogelarten, welche gerade in der Zeit, wo die Laubgehölze noch unbelaubt sind, hier ihre Deckung, Schutz und Nistplätze finden. In den letzten Jahren sind bereits schon ab Februar erste Bruten angelegt, die Sonneneinwirkung lässt bereits im Januar die Suche nach Nistplätzen beginnen. Die zunehmende Entfernung der Koniferen aus den Ortslagen -dies auch aus naturschutzseitigen Belangen heraus, aber auch durch Insektenvermehrung bedingt und den Sachverhalt, dass die Gehölze aus dem Stadium der kleinen und niedlichen Ziergehölze herausgewachsen sind reduziert das Lebensraumpotential der Avifauna erheblich. Aus den jährlichen Vogelzählungen (Nabu) ist dies durchaus nachzuvollziehen.</p> <p>Unter Pkt. 5 der Begründung wird diese artenschutzrelevante Gegebenheit durchaus mit benannt bzw. angedeutet. Mit der Einschätzung, dass die Lebensraumfunktion durch die angrenzenden Nachbarflächen übernommen wird, wird die Bedeutung jedoch untergraben. Die potentielle Möglichkeit des Auftretens von Arten mit besonderem Schutzstatus nach FFH- bzw. SPA-Richtlinie könnte durchaus gegeben sein. Damit ist die Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens auf der Grundlage des § 13 Abs. 1 Nr. 2 BauGB unzulässig. Bei der Kleinflächigkeit des Plangebietes sollte dies jedoch vermeidbar sein. Voraussetzung dafür ist jedoch eine Eingriffsbewertung (Handlungsempfehlung Freistaat Sachsen) mit Einordnung der Ausgangszustände, wie die Beschreibung der Flächen und der visuelle Zustand (Abb. 1) es darlegen.</p>	<p>Der Lebensraum der Vogelarten beschränkt sich nicht auf wenige Bäume und sie sind in der Lage jedes Jahr ein neues Nest zu bauen. Hierfür steht angrenzend die Bachaue, Gärten sowie der Fichtenwaldrand am Breite Stein grundsätzlich zur Verfügung. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass keine Höhlen oder Horste bisher in den Gehölzen (20.07.2020) befinden und die Gehölze auch nicht grundsätzlich beseitigt werden sollen.</p> <p>Gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b kann das Vereinfachte Verfahren angewandt werden, wenn keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete. Es ist keine unmittelbare Nähe zum SPA-Gebiet (4,1 km) bzw. FFH-Gebiet (850 m) gegeben. So dass keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der dort vorkommenden Lebensräume und Populationen besteht.</p> <p>Es besteht grundsätzlich immer die potentielle Möglichkeit des Auftretens von Arten mit besonderem Schutzstatus nach FFH- bzw. SPA-Richtlinie. Der Lebensraum der Vogelarten beschränkt sich nicht auf wenige Bäume und sie sind in der Lage jedes Jahr ein neues Nest zu bauen. Hierfür steht angrenzend die Bachaue, Gärten sowie der Fichtenwaldrand am Breite Stein</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>Mit der großkronigen Gehölzbestandssituation ist eine Einordnung mit Code 941 als Parkanlage erforderlich. Das Kompensationsdefizit ergibt danach 4990 WE. Auf eine weitere Einbindung von Funktionsbewertungen wird hierbei verzichtet. Den Ausführungen der Begründung folgend sind bei Neuversiegelungen die Möglichkeiten von Entsiegelungsmaßnahmen zur Umsetzung der Kompensationsverpflichtung stets prioritär zu prüfen. Da entsprechend Ausführungen der Begründung in der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach keine Möglichkeiten der Entsiegelung zur Verfügung stehen, ist die Kompensation des verbleibenden Defizits in Höhe von insgesamt 4.990 Werteeinheiten mittels Finanzierung der Ökokontomaßnahme Erweiterung des Flächennaturdenkmales "Birkwitzer Wiese" möglich. Der Vertrag über den Erwerb der Ökopunkte sowie der Nachweis über die Zahlung an den Verkäufer der Maßnahme "Birkwitzer Wiese" sind der unteren Naturschutzbehörde vor Satzungsbeschluss vorzulegen.</p>	<p>grundsätzlich zur Verfügung. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass keine Höhlen oder Horste bisher in den Gehölzen (20.07.2020) befinden und die Gehölze auch nicht grundsätzlich beseitigt werden sollen.</p> <p>Die Einordnung als 941 Parkanlage kann nicht nachvollzogen werden. Parkanlagen sind gemäß Biotoptypenliste Sachsen (LfULG 2004) wie folgt definiert: "Größere, öffentlich zugängliche oder privat genutzte Grünanlagen mit Rasenflächen, Gehölzbeständen, Wegen, z. T. auch Beeten, Gewässern und kleinen Gebäuden." Da es sich um ein Siedlungsgebiet der 1970er Jahre mit entsprechend kleinen Gärten und Garagenanlagen handelt, kann eine Einordnung als Park nicht gesehen werden und es wird an der Einstufung als Garten festgehalten. Gemäß dem damaligen Zeitgeist wurden hauptsächlich Nadelgehölze gepflanzt, welche gemäß Gehölzschutzsatzung der Gemeinde auf mit Gebäuden bebauten Grundstücken nicht geschützt sind. Die Gehölze befinden sich überwiegend an der Grundstücksgrenze. Es wurde ein Baufeld festgesetzt, so dass die Gehölze prinzipiell erhalten bleiben.</p>
		<p><u>Schülerbeförderung / ÖPNV</u></p> <p>Es bestehen von Seiten des Bereiches Schülerbeförderung und ÖPNV grundsätzlich keine Einwände zum Vorhaben. Sollten sich im Zuge der Durchführung von Bau- und/oder Erschließungsarbeiten Einschränkungen oder Sperrungen (teilweise Sperrungen, oder Vollsperrungen, Umleitungen) von Straßen notwendig werden auf denen öffentlicher Personennahverkehr oder</p>	<p>Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>Schülerbeförderung stattfindet, ist dies rechtzeitig der Abteilung Schul- und Liegenschaftsmanagement, Bereich Schülerbeförderung und ÖPNV, 03501 515-4403 oder per E-Mail an verkehrswesen@ landratsamt-pirna.de anzuzeigen. Das entsprechende Verkehrsunternehmen ist gleichfalls rechtzeitig zu informieren.</p> <p><u>Siedlungshygiene</u> Aus bau- und siedlungshygienischer Sicht bestehen keine Einwände zum Vorhaben. Eine hygienisch einwandfreie, der Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001 i. d. F. der Bekanntmachung vom 10. März 2016 - BGBl. 1 S. 459 - die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 3. Januar 2018 (BGBl. 1 S. 99) geändert worden ist) entsprechende Versorgung sowie eine den Normen entsprechende Abwasserbeseitigung sind auch während der Bauphase zu sichern. Sollte eine Neuverlegung von Trinkwasserleitungen, auch die für eine eventuelle Notwasserversorgung, notwendig werden, müssen diese durch das Gesundheitsamt (auch abschnittsweise) freigegeben werden. Eventuell im Planungsgebiet vorhandene dezentrale Trinkwasseranlagen (Brunnen) sind zu schützen.</p> <p>Durch die anderen am Verfahren beteiligten Fachbereiche des Landratsamtes wurden zum gegenwärtigen Planungsstand keine weiteren Hinweise oder Bedenken vorgetragen. Sollten sich Änderungen der Planungsunterlagen ergeben die die Belange des Landratsamtes berühren, beteiligen Sie uns bitte erneut.</p>	<p></p> <p>Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis</p>
2	<p>Landesdirektion Sachsen Ref. 34 - Raumordnung Stauffenbergallee 2 01099 Dresden</p> <p>23.04.2020</p>	<p>Die Satzung steht grundsätzlich im Einklang mit den Erfordernissen der Raumordnung. Der Satzungsentwurf steht zu den maßgeblichen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung grundsätzlich nicht im Widerspruch.</p> <p>Hinweis:</p> <p>Einschränkende Nutzungsbedingungen oder konkurrierende Nutzungsansprüche aus dem Raumordnungskataster sind für die überplante Fläche nicht bekannt.</p> <p>Es wird gebeten über den weiteren Fortgang des Verfahrens (Abwägung und Inkraftsetzung) im Rahmen der gesetzlichen Mitteilungspflicht gemäß § 18 SächsLPIG zu informieren. Die Stellungnahme ergeht ausschließlich aus der Sicht der höheren Raumordnungsbehörde. Den Stellungnahmen der anderen</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		Träger öffentlicher Belange wird damit nicht vorgegriffen. Die Stellungnahme wird nachrichtlich per E-Mail an das Landratsamt Sächsische Schweiz/Osterzgebirge und den Regionalen Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge übersandt.	
3	Landesamt für Denkmalpflege Schloßplatz 1 01067 Dresden 03.04.2020	Das Vorhaben berührt keine Belange des Landesamtes für Denkmalpflege.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.
4	Landesamt für Archäologie Sachsen Zur Wetterwarte 7 01109 Dresden 25.03.2020	Es bestehen keine Einwände. Grundsätzlich sind, die ausführenden Firmen auf die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 20 SächsDSchG hinzuweisen.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis. Meldepflicht ist als Hinweis Archäologie in die Satzung aufgenommen.
5	Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie Postfach 54 01 37 01311 Dresden 24.04.2020	<u>Zusammenfassendes Prüfergebnis</u> Es bestehen zu dem Vorhaben nach derzeitigem Kenntnisstand keine rechtlichen Bedenken. Gegenwärtig liegen keine Anhaltspunkte über radiologisch relevante Hinterlassenschaften für dieses Plangebiet vor. Aber nach den bisher vorliegenden Kenntnissen liegt das Plangebiet in einem Gebiet, in dem wahrscheinlich erhöhte Radonkonzentrationen in der Bodenluft vorhanden sind. Es sind die angegebenen Anforderungen zu beachten. Zudem wird um Berücksichtigung der Hinweise gebeten. Aus geologischer Sicht bestehen keine Bedenken. Es wird empfohlen die in aufgeführten geologischen Hinweise in die weitere Planbearbeitung einzubeziehen. Die Belange des Fluglärms, Belange der Anlagensicherheit / Störfallvorsorge sowie Belange des Fischartenschutzes/ der Fischerei sind nicht berührt.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis. Hinweise zum Radonschutz, Baugrunduntersuchung, Niederschlagsversickerung und Bohranzeige-, Bohrergebnismittelungspflicht sind auf der Planzeichnung ergänzt.
		<u>Natürliche Radioaktivität - Anforderungen zum Radonschutz</u> Aufgrund der Verabschiedung des neuen Strahlenschutzgesetzes und der novellierten Strahlenschutzverordnung [6] gelten seit dem 31. Dezember 2018	

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>erweiterte Regelungen zum Schutz vor Radon (§§ 121 – 132 StrlSchG / §§ 153 - 158 StrlSchV).</p> <p>Erstmalig wurde zum Schutz vor Radon ein Referenzwert für die über das Jahr gemittelte Radon-222-Aktivitätskonzentration in der Luft von 300 Bq/m³ für Aufenthaltsräume und Arbeitsplätze in Innenräumen festgeschrieben.</p> <p>Wer ein Gebäude mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen errichtet, hat geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Zutritt von Radon aus dem Baugrund zu verhindern oder erheblich zu erschweren. Diese Pflicht gilt als erfüllt, wenn die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik erforderlichen Maßnahmen zum Feuchteschutz eingehalten werden.</p> <p>Wer im Rahmen baulicher Veränderung eines Gebäudes mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen Maßnahmen durchführt, die zu einer erheblichen Verminderung der Luftwechselrate führen, soll die Durchführung von Maßnahmen zum Schutz vor Radon in Betracht ziehen, soweit diese Maßnahmen erforderlich und zumutbar sind.</p> <p>Bis Ende 2020 werden spezielle Radonvorsorgegebiete ausgewiesen, für die erwartet wird, dass die über das Jahr gemittelte Radon-222-Aktivitätskonzentration in der Luft in einer beträchtlichen Zahl von Gebäuden mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen den Referenzwert von 300 Bq/m³ überschreitet.</p> <p>In diesen ausgewiesenen Radonvorsorgegebieten werden dann weitergehende Regelungen in Bezug auf den Neubau von Gebäuden, der Ermittlung der Radonsituation an Arbeitsplätzen in Kellern oder Erdgeschossräumen und zum Schutz vor Radon an Arbeitsplätzen zu beachten sein (§§ 153 – 154 StrlSchV).</p> <p>Hinweise zum Radonschutz</p> <p>Radonberatungsstelle des Freistaates Sachsen:</p> <p>Staatliche Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft – Radonberatungsstelle: Dresdner Straße 183, 09131 Chemnitz, Telefon: (0371) 46124-221, Telefax: (0371) 46124-299, E-Mail: radonberatung@smul.sachsen.de, Internet: www.smul.sachsen.de/bful und www.radon.sachsen.de</p> <p>Beratung werktags per Telefon oder E-Mail; zusätzlich besteht die Möglichkeit einer Vereinbarung individueller persönlicher Beratungstermine.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p><u>Geologie - Hinweise</u></p> <p>Allgemeine geologische und hydrogeologische Verhältnisse:</p> <p>Das Satzungsgebiet befindet sich aus regionalgeologischer Sicht nach [3] im Bereich der Lausitzer Überschiebung, einer geologischen Störungszone, die das Lausitzer Granodioritmassiv im Norden gegen die Elbezone im Süden im Bearbeitungsgebiet abtrennt. Im Bereich der Störungszone verläuft im Ort der Stürzaer Bach mit ca. Ost-West-Verlauf im Plangebiet. Das Satzungsgebiet befindet sich im Einflussbereich der fluviatilen, holozänen Bachaue des Stürzaer Baches. Oberflächennah werden unter einem Mutterboden im natürlichen geologischen Profil Auelehm über Bachsand oder Bachkies erwartet. Außerhalb der Bachaue kann oberflächennah eiszeitlicher Hanglehm auftreten. Unter den genannten quartären Lockergesteinen steht Festgestein an. Im Süden und Südosten des Plangebietes wird Sandstein der Kreidezeit erwartet. Im nördlichen Planteil wird metamorphes Festgestein in Form von Zweiglimmergranodiorit aus der Zeit des Vendiums bis Kambriums anstehen. An ihrer Oberfläche liegen diese Festgesteine verwittert bis zersetzt mit Lockergesteinseigenschaften vor. Innerhalb der sandig-kiesigen Bachsedimente ist ein flächig begrenzter oberflächennaher Talgrundwasserleiter im Sinne eines Porengrundwasserleiters zu erwarten. Das Bachgrundwasser steht erfahrungsgemäß mit dem Wasserstand im Vorfluter in hydraulischem Kontakt. Das Bachgrundwasser unterliegt jahreszeitlichen und witterungsbedingten Schwankungen. Es muss mit einem oberflächennahen Grundwasserstand im Plangebiet gerechnet werden. Im Granodiorit ist Grundwasser an wasserwegsame Kluft- und Trennflächenbereiche gebunden. Der Sandstein stellt einen kombinierten Poren- und Kluftgrundwasserleiter dar.</p> <p>Baugrunduntersuchungen:</p> <p>Es wird empfohlen die Gebäudegrundfläche genauer geologisch zu untersuchen und dabei die geologische Störung und die Lage des Objektes in der Bachaue baugrundseitig zu beachten. Um grundsätzlich Planungs- und Kostensicherheit für das angestrebte Bauvorhaben zu erlangen, wird empfohlen der Bauherrschaft deshalb eine standortkonkrete und auf die Bauaufgabe ausgerichtete Baugrunduntersuchung nach DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2 durchführen zu lassen. Damit kann der Kenntnisstand bezüglich des geologischen Schichtenaufbaus, der hydrogeologischen Situation, der Tragfähigkeit und Lösbarkeit des Untergrundes und zu notwendigen Gebäudeabdichtungen</p>	

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		erhöht werden. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass die Planung an bestehende Untergrundverhältnisse angepasst werden kann.	
		<p>Niederschlagsversickerung:</p> <p>Das Niederschlagswasser ist weiterhin auf dem Grundstück zu sammeln, zu nutzen und zu versickern. Bei einer Versickerung von Oberflächenwasser über die Bodenzone ist sicherzustellen, dass diese schadlos erfolgt und Ver- nässungserscheinungen oder Bodenerosion auf den betroffenen Flächen so- wie eine Beeinträchtigung Dritter ausgeschlossen sind.</p> <p>Die oberflächlich anstehenden Auelehme weisen ungünstige hydrogeologische Versickerungseigenschaften auf. Für den Fall einer Versickerung über unterir- dische Versickerungsanlagen muss die Versickerungseignung des potenziel- len Horizontes und der Abstand zum Grundwasserniveau grundsätzlich ge- währleistet sein. Es wird empfohlen die Eignung standortkonkret durch prakti- sche Sickertests im Rahmen der künftigen Baugrunduntersuchung nachzu- weisen. Für eine langfristige Funktionsfähigkeit von Regenwasserversicke- rungsanlagen wird auf die Einhaltung der Planungsgrundsätze und Unter- grundanforderungen des DWA-Arbeitsblattes A 138 (Planung, Bau und Be- trieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser) der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. vom April 2005 verwiesen.</p>	
		<p>Regelungen Lagerstättengesetz:</p> <p>Es wird gebeten, die anzulegenden Baugrund- und Versickerungsbohrungen vor Bohrbeginn beim geologischen Dienst, Abteilung Geologie des LfULG an- zumelden und die Bohrergebnisse nach Bohrende an unsere Einrichtung zu übergeben (vgl. §§ 4, 5 Lagerstättengesetz). In Sachsen steht für die Erfas- sung und Übermittlung von Bohranzeigen nach Lagerstättengesetz eine Inter- netanwendung zur elektronischen Bohranzeige unter www.bohranzeige.sachsen.de zur Verfügung.</p>	
		<p>Übergabe von geologischen Ergebnisberichten:</p> <p>Es wird gebeten, zu beachten, dass Ergebnisse von Baugrundgutachten ge- mäß § 15 Sächs-KrWBodSchG von der Gemeinde an die Abteilung 10 (Geo- logie) des LfULG zu übergeben sind.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>Geologische Daten:</p> <p>Die allgemeinen geologischen und hydrogeologischen Untergrundverhältnisse lassen sich auf den geologischen Themenkarten des LfULG im Internet unter der Internet-adresse http://www.geologie.sachsen.de/karten-und-gis-daten-4148.html einsehen.</p>	
6	<p>Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Meißen Postfach 20 02 14, 01657 Meißen</p> <p>22.04.2020</p>	<p>Die Satzung soll Baurecht für den Neubau eines Einfamilienwohnhauses auf dem Flurstück 203/59 schaffen.</p> <p>Die Zufahrt zum Baugrundstück soll über die Straße "Am breiten Stein" erfolgen, die an die Staatsstraße 161 ca. bei Stat. 4950011 /1,640, außerhalb von Ortsdurchfahrten, anbindet. Von dieser kommunalen Straße soll eine Zufahrt über das Flurstück 203/93 (vorhandener Garagenkomplex) vor den Garagen bis zum Baugrundstück geführt werden.</p> <p>Gemäß § 24 Abs. 1 Sächsisches Straßengesetz (SächsStrG) besteht außerhalb der Erschließungsbereiche von Ortsdurchfahrten von Staatsstraßen in einer Entfernung bis zu 20 m vom Fahrbahnrand ein Bauverbot für hochbauliche Anlagen jeder Art und für bauliche Anlagen, die über Grundstückszufahrten an die Staatsstraße unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen. Außerdem ist hier gemäß § 24 Abs. 2 SächsStrG für die Errichtung aller baulicher Anlagen im Abstand bis zu 40 m vom Fahrbahnrand die Zustimmung der Straßenbaubehörde zur Baugenehmigung erforderlich.</p> <p>Das geplante Wohnhaus und alle hochbaulichen Anlagen (z.B. Garagen, Aufschüttungen größeren Umfangs usw.) müssen deshalb in einem Mindestabstand von 20 m zum Fahrbahnrand der S 161 errichtet werden und wie geplant über die vorhandene kommunale Straße "Am breiten Stein" verkehrstechnisch erschlossen werden.</p> <p>Die Zufahrt von der kommunalen Straße über das Flurstück 203/93 ist im größtmöglichen Abstand zur Staatsstraße 161 (also unmittelbar vor den Garagen) anzulegen, um ein zügiges Einfahren von der Staatsstraße zu gewährleisten. Falls für die Bauphase eine temporäre Baustellenzufahrt direkt zur S 161 zwingend erforderlich werden sollte, wäre dafür eine Sondernutzungserlaubnis bei unserer Behörde (mit Planungsunterlagen) zu beantragen.</p> <p>Vom Bauherren bzw. von der Gemeinde können keine Ansprüche auf Lärmschutzmaßnahmen gegenüber der Straßenbaubehörde wegen von der Staatsstraße ausgehenden Lärmemissionen erhoben werden.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p> <p>Die Hinweise bezüglich Zufahrt, Lärmschutzmaßnahmen und Oberflächenwasser sind auf der Planzeichnung ergänzt.</p> <p>Baugrenzen sind in der Satzung ergänzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>Vom Baugrundstück und von der Zufahrt darf kein Oberflächenwasser auf das Straßengrundstück abgeleitet werden. Für eine eventuell erforderliche Herstellung von Anschlussleitungen an Hauptleitungen im Straßengrundstück der S 161 sind vom jeweiligen Versorgungsunternehmen gesonderte Anträge auf Zustimmung bei unserer Behörde zu stellen.</p> <p>Es wird um Bestätigung der Forderungen gebeten. Die Erstellung eines Gestaltungsplanes mit Eintragung des Wohnhauses bzw. der Baugrenzen als Bestandteil der Satzung wäre zweckmäßig.</p>	
7	<p>Regionaler Planungsverband Oberes Elb-tal/Osterzgebirge, Verbandsgeschäftsstelle, Meißner Straße 151 a, 01445 Radebeul</p> <p>09.04.2020</p>	<p>Der Ergänzungssatzung mit einem Geltungsbereich von ca. 0,07 ha für ein Wohnhaus stehen keine regionalplanerischen Festlegungen entgegen.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p>
8	<p>GDMcom mbH Maximilianallee 4 04129 Leipzig</p> <p>16.04.2020</p>	<p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der VNG Gasspeicher GmbH, Erdgasspeicher Peissen GmbH. Es bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine von der GDMcom verwalteten Anlagen der GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, ggf. muss aber mit Anlagen des genannten bzw. anderer Anlagenbetreiber gerechnet werden.</p> <p>Es ist zu beachten, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p>
		<p>ONTRAS Gastransport GmbH</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis. Hinweis zur Ferngasleitung ist in der Planzeichnung ergänzt.</p>

lfd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung																				
		<p>Die beiliegende Schutzanweisung ist wesentlicher Bestandteil dieser Auskunft und zwingend zu beachten.</p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich die folgenden Anlagen des oben genannten Anlagenbetreibers. Die Anlagen liegen in der Regel mittig im angegebenen Schutzstreifen:</p> <table><tr><th>Anlagentyp</th><th>Anlagenkennzeichen</th><th>DN</th><th>Schutzstreifenbreite (in m)</th><th>Zuständig</th></tr><tr><td>Ferngasleitung (FGL)</td><td>05</td><td>300</td><td>6,00</td><td>ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Lauchhammer 1</td></tr><tr><td>Kabelschutzrohranlage/n (KSR) mit einliegenden Steuerkabel (Stk) (im Schutzstreifen der FGL 05)</td><td>BF 8780-05 1955</td><td>2XPEDN40</td><td>1,00</td><td>GDMcom GmbH Service KGT Ost Lauchhammer</td></tr><tr><td>Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör</td><td colspan="4">Schilderpfahl (SPF), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Auslöser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR), (Kabel-) Schutzrohr/e (SR), Kabelmuffen (KM), Kabelreserve/n (KR), Kabel-Unterflurbehälter (KUFB), Kabelmarker (M), Kabelgarnituren, Bänderder, Gleichrichterschrank</td></tr></table> <p>Die derzeitige ungefähre Lage dieser Anlagen entnehmen Sie bitte anliegenden Planunterlagen.</p> <p>Die Angaben zur Lage der Anlagen sind so lange als unverbindlich zu betrachten, bis die tatsächliche Lage in der Örtlichkeit unter Aufsicht des zuständigen Betreibers/ Dienstleisters festgestellt wurde. Erforderliche Suchschachtungen sind durch den Antragsteller/ das Bauunternehmen in Handschachtung auf eigene Kosten durchzuführen.</p> <p>Benötigen Sie die genaue Lage in der Örtlichkeit, vereinbaren Sie bitte unter Angabe der PE-Nr. einen Termin mit dem nachfolgend benannten Betreiber/ Dienstleister:</p> <div><div>Zuständig ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Lauchhammer 1</div><div>Kontakt ENSO NETZ GmbH Auftragszentrum Gas - Heidenau Hauptstraße 110 01809 Heidenau Telefon: +493529536682</div></div> <p>Zum geplanten Vorhaben bestehen grundsätzlich keine Einwände. Zu beachten sind folgende Auflagen und Hinweise:</p> <p>1. Im Schutzstreifen dürfen für die Dauer des Bestehens der Anlage/n keine baulichen Anlagen errichtet oder sonstigen Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder Betrieb der Anlage/n vorübergehend oder dauerhaft beeinträchtigen/gefährden können.</p>	Anlagentyp	Anlagenkennzeichen	DN	Schutzstreifenbreite (in m)	Zuständig	Ferngasleitung (FGL)	05	300	6,00	ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Lauchhammer 1	Kabelschutzrohranlage/n (KSR) mit einliegenden Steuerkabel (Stk) (im Schutzstreifen der FGL 05)	BF 8780-05 1955	2XPEDN40	1,00	GDMcom GmbH Service KGT Ost Lauchhammer	Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör	Schilderpfahl (SPF), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Auslöser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR), (Kabel-) Schutzrohr/e (SR), Kabelmuffen (KM), Kabelreserve/n (KR), Kabel-Unterflurbehälter (KUFB), Kabelmarker (M), Kabelgarnituren, Bänderder, Gleichrichterschrank				
Anlagentyp	Anlagenkennzeichen	DN	Schutzstreifenbreite (in m)	Zuständig																			
Ferngasleitung (FGL)	05	300	6,00	ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Lauchhammer 1																			
Kabelschutzrohranlage/n (KSR) mit einliegenden Steuerkabel (Stk) (im Schutzstreifen der FGL 05)	BF 8780-05 1955	2XPEDN40	1,00	GDMcom GmbH Service KGT Ost Lauchhammer																			
Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör	Schilderpfahl (SPF), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Auslöser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR), (Kabel-) Schutzrohr/e (SR), Kabelmuffen (KM), Kabelreserve/n (KR), Kabel-Unterflurbehälter (KUFB), Kabelmarker (M), Kabelgarnituren, Bänderder, Gleichrichterschrank																						

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>2. Digitale Bestandsdaten erhalten Sie nach Unterzeichnung und Rücksendung der beiliegenden Nutzungsvereinbarung an leitungsauskunft@gdm-com.de.</p> <p>3. Insbesondere wird auf die Beachtung des Abschnitts III der beigefügten Schutzanweisung verwiesen.</p> <p>Die Schutzstreifen sind jederzeit begehbar, befahrbar und sichtfrei zu halten; die ONTRASAnlagen müssen auch während der Bauphase ungehindert erreichbar sein. Die Schutzstreifen dürfen weder überbaut noch eingefriedet werden. Eine Nutzung als Stell- und Lagerfläche (z.B. für Baustelleneinrichtung, Gerätschaften, Material, Aushub, usw.) ist ebenfalls ausgeschlossen.</p> <p>Das Befahren von Schutzstreifen mit schweren Bau-/ Transport- und Kettenfahrzeugen ist nur nach erfolgter Zustimmung/ Einweisung und unter Einhaltung besonderer Sicherheitsvorkehrungen gestattet.</p> <p>Grundsätzlich sind die lichten Mindestabstände gemäß Abschnitt 3/ 6. Pflanzungen der Schutzanweisung einzuhalten.</p> <p>4. Damit die öffentliche Sicherheit und die Versorgungsaufgaben nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden, sind jegliche Planungen (einschl. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) im Bereich der Anlagen rechtzeitig abzustimmen.</p> <p>5. Der oben genannte Anlagenbetreiber ist weiter an der Planung/ dem Verfahren zu beteiligen.</p> <p>6. Die Abstimmung zur Ausführung jeglicher Arbeiten hat so zu erfolgen, dass durch den Bauausführenden über das BIL-Portal die verschiedenen Arbeiten rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor dem beabsichtigten Baubeginn - mit den Ausführungsunterlagen zur Stellungnahme einzureichen sind.</p> <p>7. Der Bauherr/ das ausführende Unternehmen ist auf diese Regelungen und Auflagen hinzuweisen.</p>	
9	<p>ENSO NETZ GmbH- Regionalbereich Heidenau Hauptstraße 110, 01809 Heidenau</p> <p>19.03.2020</p>	<p><u>Stellungnahme Gas</u></p> <p>Im Baugebiet befinden sich Mitteldruckgasversorgungsanlagen der ENSO NETZ GmbH. Die Lage ist dem beigefügten Plan zu entnehmen. Im gesamten Bereich darf in der Nähe von Versorgungsanlagen nur von Hand gearbeitet werden.</p> <p>Gegen die geplante Baumaßnahme bestehen unsererseits keine Bedenken. Dabei müssen die anerkannten Regeln der Technik (wie z. B. DVGW-Arbeitsblätter, DIN-Vorschriften, VDE-Richtlinien, BG-Vorschriften usw.) beachtet</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p> <p>Hinweis ist in der Planzeichnung ergänzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>werden. Die exakte Lage, insbesondere Tiefenlage und der Verlauf der Versorgungsanlagen, können von den Eintragungen in den Plänen abweichen. Zur genauen Lagefeststellung sind fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Ortung, Querschläge, Suchschlitze, Handsehachtung o. a.) durchzuführen. Während der Baumaßnahme müssen Versorgungsanlagen so gesichert werden, dass seitliche und höhenmäßige Lageveränderungen ausgeschlossen sind. Leitungen mit einer Überdeckung von 0,2 m dürfen nicht ohne Schutzmaßnahmen, die mit dem zuständigen Meisterbereich abgestimmt sind, befahren werden. Freigelegte Rohrleitungen sind vor mechanischen Beschädigungen durch geeignete Mittel (z. B. Schutzmatte) zu schützen. Beschädigungen, die durch die Nichtbeachtung der erforderlichen Schutzvorkehrungen entstehen, sind dem zuständigen Meisterbereich zwingend anzuzeigen und können dem Verursacher bei grober Fahrlässigkeit in Rechnung gestellt werden.</p> <p>Eine Erschließung mit Erdgas im angefragten Bereich ist möglich.</p> <p>Die Stellungnahme gilt ein Jahr.</p> <p>Vor Baubeginn muss die beauftragte Firma die Auskunftserteilung für Schachtarbeiten einholen sowie einen Termin für die Ortsbegehung vereinbaren.</p>	
		<p><u>Stellungnahme Strom</u></p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen der ENSO NETZ GmbH. Vor Baubeginn muss die beauftragte Firma die Auskunftserteilung für Schachtarbeiten bei uns einholen. Unsere Stellungnahme gilt ein Jahr.</p>	Kenntnisnahme
10	<p>Deutsche Telekom Technik GMBH, Technik Niederlassung Ost Dresdner Str. 78, 01445 Radebeul</p> <p>21.04.2020</p>	<p>Es bestehen gegen die Planung keine Einwände. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH. Zur telekommunikationstechnischen Versorgung des neuen Baugebietes durch die Telekom Deutschland GmbH ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien erforderlich. Die Erschließung erfolgt über vorhandene und neu zu errichtende TK-Anlage aus östlicher Richtung Am Breiten Stein (siehe Anlage). Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Telekom Deutschland GmbH so</p>	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p> <p>Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine unterirdische Versorgung des Baugebietes durch die Telekom Deutschland GmbH nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung möglich ist. Folgendes ist sicherzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - dass auf Privatwegen (Eigentümerwegen) ein Leitungsrecht zugunsten der Telekom Deutschland GmbH als zu belastende Fläche entsprechend § 9 (1) Ziffer 21 BauGB eingeräumt wird; - dass eine rechtzeitige Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt. 	
11	<p>Wasser- und Abwasserzweckverband "Mittlere Weisenitz"</p> <p>Markt 26, 01833 Stolpen</p> <p>24.04.2020</p>	<p><u>Wasserversorgung:</u></p> <p>Das Plangebiet kann derzeit nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen werden. In den unmittelbar angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen der Hauptstraße (Flnr. 245) und des Zufahrtsweges zur Siedlung Am Breiten Stein (Flnr. 203/42) befinden sich keine Wasserversorgungsleitungen. Eine Erweiterung der öffentlichen Wasserversorgungsleitungen ist in der mittelfristigen Investitionsplanung des Zweckverbandes nicht vorgesehen.</p> <p>Der Anschluss des Plangebiets kann jedoch vorbehaltlich der Einräumung eines dinglich gesicherten Leitungsrechts über das private Grundstück Am Breiten Stein 40 (Flnr. 203/44) erfolgen. Die Kosten für die Bestellung des Leitungsrechts und die Herstellung der Anschlussleitung bis zum öffentlichen Bereich hat der Bauherr zu tragen. Die Herstellung des Grundstücksanschlusses ist rechtzeitig beim Zweckverband zu beantragen. Im Übrigen sind die Bestimmungen der Wasserversorgungssatzung zu beachten.</p> <p><u>Schmutzwasserbeseitigung:</u></p> <p>Über das Plangebiet verläuft eine Schmutzwasserleitung (Altbestand vor 1990). Der Bestand ist Ihnen bereits bekannt. Die Leitung muss im Rahmen des Bauvorhabens in den Randbereich des Plangebiets umverlegt werden. Die Kosten für die Umverlegung hat der Bauherr zu tragen. Der Anschluss des geplanten Objekts kann an diese Schmutzwasserleitung (Trennsystem)</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungsbedarf.</p> <p>Mit entsprechend dinglich gesichertem Leitungsrechts erfolgt die Erschließung über das Flurstück 203/44.</p> <p>Kennntnisnahme</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>erfolgen und ist rechtzeitig beim Zweckverband zu beantragen. Im Übrigen sind die Bestimmungen der Abwassersatzung zu beachten.</p> <p>Der langfristige Bestand der öffentlichen Schmutzwasserleitung ist durch eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Zweckverbandes zu sichern. Hierzu soll auf der Grundlage der Ausführungsplanung bzw. eines Bestandsplanes ein Gestattungsvertrag mit dem Grundstückseigentümer abgeschlossen werden, welcher die Bewilligung grundbuchamtlich erklärt. Für das Leitungsrecht steht dem Grundstückseigentümer eine einmalige Entschädigung in angemessener Höhe zu.</p> <p><u>Niederschlagswasserbeseitigung:</u> Für das Plangebiet kann kein Anschluss an eine öffentliche niederschlagswasserführende Abwasserkanalisation bereitgestellt werden. Das Niederschlagswasser ist auf dem Grundstück zu versickern bzw. als Brauchwasser zu verwenden. Die Versickerungsanlage ist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu betreiben. Sofern Niederschlagswasser als Brauchwasser verwendet und in die öffentliche Schmutzwasserkanalisation eingeleitet werden soll sind die Bestimmungen der Abwassersatzung zu beachten.</p> <p>Das Grundstück kann an die öffentliche Schmutzwasserkanalisation (Trennsystem) angeschlossen werden.</p>	<p>Es ist vorgesehen das Niederschlagswasser auf dem Grundstück zu versickern bzw. als Brauchwasser zu verwenden. Ein Hinweis ist auf der Planzeichnung ergänzt.</p>
12	<p>Zweckverband Abfallwirtschaft Meißner Straße 151a, 01445 Radebeul</p> <p>03.04.2020</p>	<p>Im Planungsgebiet gibt es keine Anlagen, die sich in der Inhaberschaft des ZAOE befinden. Gegen die Planung in der vorliegenden Fassung bestehen keine Einwände. Auf den Grundstücken ist ausreichend Stellfläche für Abfallbehälter vorzuhalten, beachten Sie dazu das Infoblatt. Durch die mögliche Einführung einer gelben Tonne ab dem Jahr 2021 kann sich der Flächenbedarf noch zusätzlich erhöhen.</p> <p>Es wird um Information über den weiteren Verfahrensverlauf gebeten.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungsbedarf.</p>
13	<p>Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Sachsen e.V. Löbauer Straße 68, 04347 Leipzig</p>	---	---

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
14	Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V. Wilsdruffer Straße 11/ 13, 01067 Dresden	---	---
15	Schutzgemeinschaft Deut- scher Wald, Landesverband Sachsen e. V. Städtelner Straße 54, 04416 Markkleeberg	---	---
16	Landesverband Sächsischer Angler e. V. Rennersdorfer Straße 1, 01157 Dresden	---	---
17	Landesjagdverband Sachsen e.V. Cunnersdorfer Straße 25, 01189 Dresden	---	---
18	Grüne Liga Sachsen e.V., Landesgeschäftsstelle Wieckestr. 37, 01237 Dres- den	---	---
19	Bund für Umwelt und Natur- schutz Deutschland (BUND), Landesverband Sachsen e.V. Straße der Nationen 122, 09111 Chemnitz	---	---
20	Naturschutzverband Sachsen e. V. (NaSa) Gahlenzer Str. 2, 09569 Oe- deran	---	---

Teil II Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

lfd. Nr.	Nachbargemeinden Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
21	Stadtverwaltung Stolpen, Markt 1, 01833 Stolpen 16.03.2020	Belange der Stadt Stolpen werden nicht berührt.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
22	Gemeindeverwaltung Arnsdorf Bahnhofstraße 15/17, 01477 Arnsdorf 22.04.2020	Die Gemeinde Arnsdorf stimmt zu. Es stehen keine Belange der Gemeinde Arnsdorf entgegen. Es werden keine Einwände oder Bedenken erhoben.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
23	Landeshauptstadt Dresden, Stadtplanungsamt Postfach 12 00 20, 01001 Dresden 20.04.2020	Planungsrelevante Belange der Landeshauptstadt Dresden werden nicht berührt.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
24	Stadtverwaltung Pirna Am Markt 1/2, 01796 Pirna 31.03.2020	Die Stadt Pirna hat keine Einwände.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
25	Gemeindeverwaltung Schloß Lohmen 1, 01847 Lohmen 09.04.2020	Die Belange der Gemeinde Lohmen werden nicht berührt. Es bestehen keine Einwände.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Ifd. Nr.	Nachbargemeinden Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
26	Stadtverwaltung Hohnstein Schandauer Straße 6, 01848 Hohnstein 29.04.2020	Die Belange der Stadt Hohnstein werden nicht berührt. Es bestehen keine Einwände.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Teil III Beteiligung der Öffentlichkeit

Ifd. Nr.	Bürger Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
---	---	---	---